



Lindauer Hoybote

Seite 2 Realschule?
Realschule!

Seite 3 Rickenbacher Straße
Panzer im Eichwald?

Seite 4 Über'n Tellerrand
Kinder- und Familienbeauftragte

Wissenstadt Lindau – ach wissen's ...

Macht und Ohnmacht der Kommunalpolitik

Die (meisten) Stadträte haben es aus der Zeitung erfahren: Die Firma ADC und mit ihr über hundert hochqualifizierte Arbeitsplätze werden Lindau verlassen. Hieß unser Oberbürgermeister noch Jürgen Müller wäre der öffentliche Aufschrei von CSU und „Freien Bürgern“ groß und heftig. „Wirtschaftspolitische Inkompetenz“ und „politisches Versagen“ wären wohl noch die mildesten Vorwürfe.

Nun heißt unser Oberbürgermeister bekanntlich Petra Seidl. Sie ist der Stolz der CSU und schwarze Hoffnungsträgerin der „Freien Bürger“. Derzeit herrscht Ruhe statt aufgeregter Empörung.

Lindau darf zur Kenntnis nehmen, dass wieder mal irgendeine lindauerne Konzernleitung entschieden hat. Diesmal hat die Konzernleitung von ADC eine Standortverlagerung beschlossen, trotz eines neuen Gewerbegebiets an der Autobahn und trotz einer Oberbürgermeisterin, „die genauso schnell Ja sagt wie sie am Telefon spricht“ (Schwäbische Zeitung, 30.07.2003, S. 3). „Stadtmarketing“, „Lindau GmbH“, „Wissenstadt“, „Aktive Wirtschaftsförderung“, „Ansiedlungsoffensive“ – das Sprechblasenrepertoire der lokalen „Wirtschaftskapitäne“ zeigt seine wahre Effektivität und immense Bedeutung.

Selbst die, gegen die Stimmen der Bunten Liste vom Lindauer Stadtrat beschlossenen Grundstückssubventionen der Vergangenheit zugunsten von TANNER und LIEBHERR, zulasten der Stadtkasse, vermochten nicht einmal zu bewirken, dass die Firma ADC mit der Stadt überhaupt in Verhandlung tritt.

Die Ohnmacht der (Kommunal-)Politik geht einher mit dem Machtargument der Konzerne: „Arbeitsplätze!“ Das allein genügt. Wer Arbeitsplätze schafft und vorhält, ist gut. Wer in großem Umfang Arbeitsplätze bietet, ist besser. Wer Arbeitsplätze vernichtet, ist das Letzte. Also

fürchtet ein guter (Kommunal-)Politiker am meisten, dass er für die Abwanderung oder Nichtansiedlung von Arbeitsplätzen angeprangert wird. Dem halten die StadträtInnen von SPD, CSU, FB und WL das Prinzip Hoffnung entgegen und die Überzeugung, auf Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen Einfluss zu haben. Dass dieser Einfluss tatsächlich nicht vorhanden ist, hat nun ADC deutlich gemacht.

Axima ist ein weiteres Lehrbeispiel.

Auch hier wird die Stadt vorgeführt. Eckart Prandner ist Stadtrat der „Freien Bürger“. Er war Geschäftsführer und ist nun Aufsichtsrat von Axima. An nichtöffentlichen Stadtratsitzungen zum Thema Axima hat Prandner teilgenommen und mitgestimmt. Die jeweiligen Aufforderungen der Bunten Liste wegen Befangenheit die Sitzungen zu verlassen, haben ihm nur ein müdes Lächeln abverlangt. Denn die Bayrische Gemeindeordnung erlaubt einem Firmen-Aufsichtsrat die Teilnahme und Mitwirkung an Gemeinderatssitzungen, wo es um Geschäfte seiner Firma mit der Gemeinde geht. Politischer Anstand? Fehlanzeige! Den Löwenanteil des neuen Gewerbegebiets an der Autobahn (33 000 qm) beansprucht Axima für seine Standortverlagerung. Da andere Kommunen Axima Gewerbeflächen zu Dumpingpreisen anbieten, hat die Stadt den Verkaufspreis zu senken. Denn sonst lässt sich der Standort Lindau „in der Leasingrate nicht darstellen“. Die Konzernleitung wäre dann leider gezwungen gegen Lindau zu entscheiden. Also haben SPD, CSU, FB und WL beschlossen, an Axima zu einem Preis zu verkaufen, der deutlich unter den Investitionskosten der Stadt liegt. Bis vor wenigen Wochen hieß es, Axima könne in der Kemptener Straße nicht mehr betriebswirtschaftlich vernünftig und zukunftsfähig produzieren. Ein Neubau sei dringend nötig. Wie nötig, erklärt uns Axima am 15.07.2003



Axima am alten Standort:
High-Tech-Betrieb oder Vereinte Hüttenwerke?

so: „Aufgrund der unbefriedigenden Bewertung der SUEZ-Aktie an den internationalen Börsen werden im SUEZ-Konzern derzeit keine größeren Neuinvestitionen genehmigt, sondern es wird der nachhaltigen Verbesserung der Geschäftsergebnisse Vorrang eingeräumt.“

Einsichten und Aussichten

Einsicht in die eigene Macht und Bedeutung bzw. Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit kann der erste Weg zur Besserung sein. Stadträte können und müssen „wirtschaftspolitisch“ selbstbewusst und angstfrei entscheiden. Der „nachhaltigen Verbesserung des Geschäftsergebnisses“ der Stadt haben sie endlich den absoluten Vorrang einzuräumen.

Alexander Kiss

Kröten sind nur im Geldbeutel wichtig

Der Golfclub Bad Schachen zerstört weiter Natur am Schönbühl.



Golf ist ein Sport, der in der Natur stattfindet. Da sollte man meinen, Naturschutz sei ein besonderes Anliegen der Golfer? Weit gefehlt. Der Golfer fährt mit dem Auto zum Sport und dieses will er möglichst nah am Clubhaus parken (siehe Foto), damit er nicht zu weit laufen muss, laufen muss er schon beim Golfen und allzu viel ist ja bekanntlich ungesund. Wie kommt man nun an die nötigen Parkplätze?

Zuerst ein kurzer Blick in die Vergangenheit: 1987 wurde das Clubhaus genehmigt. Begleitet von Skandalen und Protesten setzten sich die Golfer und die Bürgerlichen durch. Zu den Parkplätzen war damals folgendes in der LZ zu lesen: „Der Golfclub Bad Schachen trennt sich von der Absicht ... die erforderlichen Parkplätze auf den sogenannten Fenkwiesen anzulegen. Nemes versicherte dem OB, dass sich der Golfclub verpflichtet ... eine Alternative für den, besonders von den Naturschützern abgelehnten, Parkplatz vorzuschlagen“

Heute, 16 Jahre später, bringt der Graf sie wieder ins Spiel. Neuer Stadtrat, neue Obine, neues Glück. Also nun zur Taktik.

Schritt 1: Man beantrage Parkplätze auf den Fenkwiesen, warte den Protest ab und ziehe den Antrag dann generös zurück. Man signalisiert so Einsehen und baut moralischen Druck auf, um einen neuen Standort durch zu bekommen.

Schritt 2: Man stelle den Antrag auf Parkplätze am Clubhaus. Und siehe da, es funktioniert, Stadtrat und Verwaltung wollen dem Club endlich helfen. CSU, Freie Bürger und leider auch Teile der SPD, sind dafür, den Flächennutzungsplan zu ändern. Freiberg meinte: „Dass es da oben sensibel ist, wissen wir alle. Aber inzwischen sind 20 Jahre vergangen und da hat sich einiges geändert.“ Einiges hat sich tatsächlich geändert. Hochwässer nehmen zu, die Artenvielfalt nimmt ab, die Natur ist noch gestresster. Anderes aber hat sich nicht geändert. Die Ignoranz gegenüber den Naturbelangen, das Wohlwollen gegenüber dem Golfclub, die unkritische Haltung der Verwaltung und das Engagement des Stadtoberhauptes für den Club der Begüterten.

Der Bauamtsleiter spricht von einer „sehr untergeordneten Teiländerung des Flächennutzungsplans“. In der Stellungnahme des Bauamtes ist zu lesen: „Bei der Ortsbesichtigung konnte festgestellt werden, dass die zu entfernenden Gehölze nicht bedeutend sind“. (Das sehen die dort lebenden Kleintiere bestimmt anders) Und weiter: „Im Anschluss an die Ortsbegehung hat der Golfclub den Bund Naturschutz am Ort über das geplante Vorhaben informiert und den Eindruck gewonnen, dass keine großen Einwände gegen das Parkplatzprojekt kommen werden“.

Isolde Miller vom BN schrieb daraufhin: „Nach diesem Zitat waren wir schlichtweg entsetzt über diese Unverfrorenheit, unserer Vertreter das Wort im Munde herumzudrehen und mit einer solchen Falschaussage die Stadträte für seine Sache gewinnen zu wollen.“

Stopp, alles halb so wild. Ein Missverständnis, ein Tippfehler, es hätte „Untere Naturschutzbehörde“ heißen müssen. So ein Zufall. Auf den (folgenden) Inhalt der Stellungnahme ist die Verwaltung gar nicht erst eingegangen.

„Der BN hält auch die vorgelegte neue Planung für eine Verschandelung des Landschaftsbildes, die mit Sicherheit nicht durch Strauchpflanzungen zu verstecken sein wird. Außerdem wird massiv in die Amphibienwanderung eingegriffen, wenn diese Parkplätze am Clubheim entstehen. Es stellt sich außerdem die Frage des Bedarfes. Laut Aussage von Beobachtern sind selbst die Parkplätze, die jetzt an der Seniorenresidenz angepachtet sind, meist nicht ausgelastet. Für die wenigen Großveranstaltungen könnten sicher Absprachen mit der Akademie oder auch mit der Fa. Tanner zur Doppelnutzung der dortigen Stellplätze getroffen werden. Es ist sicher nicht nötig, dass jede Einrichtung die Maximalanzahl von Stellplätzen nachweisen muss, wenn dieser Bedarf nur in Ausnahmefällen erreicht wird.“

Intensivgrün, artenarm.

Der Planer des Clubs erläuterte hingegen, warum der Parkplatz die Natur nicht zerstöre. Golfplätze sind eigentlich keine richtige Natur sondern „Intensivgrün artenarm“. Wir schieben die Böschung eigentlich nur nach hinten.

Die Bunte Liste wollte die FNP-Änderung von der Tagesordnung haben. Die Frau OB hat daraufhin erklärt, dass ja nur das Verfahren in Gang gesetzt werde, es sei ja noch nichts entschieden. Wir wissen jedoch, dass so ein Verfahren Geld kostet und das nicht zu knapp. In der heutigen Zeit so das Geld weg zu schmeißen, sollte eine Oberbürgermeisterin nicht zulassen. Also steht von vorn herein fest, wie es ausgehen wird. Die Parkplätze werden kommen. Naturschutz, was soll's? Kröten sind nur im Geldbeutel wichtig.

Götz Rauch

Realschule? Realschule!

Die „Staatliche Realschule für Knaben Lindau“, meist kurz „Bubenrealschule“ genannt, kann sich seit längerem über öffentliche Resonanz freuen – oder auch nicht freuen, denn geredet wurde viel, geplant einiges, entschieden bzw. ausgeschrieben oder gar gebaut noch nichts. „Marode Kiste“ hatte Dr. Eduard Leifert schon vor seiner Wahl zum Landrat festgestellt. Mit der Einführung der sechsstufigen Realschule verdoppelte sich die Schülerzahl von etwa 200 in den Neunzigerjahren auf knapp 400 seit 2001. Fachräume mussten zu Klassenzimmern umgewidmet werden, eine Klasse wurde in die Grundschule ausgelagert, es fehlt an Platz an allen Ecken und Enden. Damit ist klar: die Schule muss entweder am alten Standort renoviert und erweitert werden oder „auf der grünen Wiese“ neu gebaut werden.

Dies hat der Elternbeirat der Realschule, dem ich seit damals angehöre, schon im Schuljahr 2000/01 so gesehen und die „Aktion Schulsanierung“ gestartet. Wir wollten das akute Problem der Schule bekannt machen, den Eltern, den Kreis- und Stadträten, der Öffentlichkeit. Gleichzeitig haben wir Architekt Bindschädel ein Planungskonzept „Erweiterung der Schule“ erstellen lassen. Dieses haben wir Anfang Mai 2002 der Öffentlichkeit, insbesondere den dazu eingeladenen neugewählten Stadt- und Kreisräten vorgestellt. Landrat Dr. Bernhardt hat es schon im April vor seinem Abschied gesehen und war begeistert.

Auch der Landkreis wurde aktiv und hat ebenfalls schon 2001 beim Architekturbüro Hand&Fuß eine Machbarkeitsstudie Schulerweiterung/Schulsanierung in Auftrag gegeben, welche im November 2002 im Kreisausschuss nichtöffentlich vorgestellt wurde. Dort wurde auch ein erster Entwurf und ein grober Finanzrahmen vom Architekturbüro Wund für einen Neubau vorgestellt. Wer jetzt erwartet hatte, dass nun die verschiedenen Konzepte detailliert der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt wurden, ergänzt um städtebauliche oder Landschaftsschutz-Gesichtspunkte und weitere wichtige Aspekte, der wartete lange vergebens.

Zur Abwägung der verschiedenen Varianten gab es bis auf die nicht belegten Aussagen des Landrates, dass aus Kostengründen nur ein Neubau in Frage kommt, keine spezifischen Grundlagen und Vorlagen. Landrat Dr. Leifert hat sich im Wahlkampf für einen Neubau der Schule ausgesprochen. Dafür gibt es gute Gründe, auch von Seiten der Schule. Da müsste es doch bestechend sein, diese Gründe sprechen zu lassen, will heißen, Pläne samt Kostenschätzungen vorzulegen und jeden selber einsehen zu lassen: klar, nur ein Neubau

Danke, setzen – sechs!

Wer noch einen Beweis brauchte, bekam ihn bei der Mammutsitzung von Kreistag mit Stadtrat geliefert: Dr. Leifert ist mit der Aufgabe als Landrat heillos überfordert. Dem Bedürfnis der Frauen und Männer in Stadt und Landkreis nach Information zu Thema Realschule begegnet er mit einer nicht zu überbietenden Arroganz. Er maulte an Mandatsträgern und Mitarbeitern seiner Verwaltung herum, weil ihm Fragen und Antworten nicht schnell genug gingen. Dabei war diese Großveranstaltung seine Idee. Die Bunte Liste hatte lediglich um Erlaubnis gebeten, die Machbarkeitsstudie zur Sanierung der Realschule in der Fraktion vorzustellen. Vor lauter Angst des Landrates die Kontrolle zu verlieren wurde eine Sitzung mit gut 80 Teilnehmern daraus. Daß Dr. Leifert sich dann über die Menge der Wortmeldungen beschwerte, war der Gipfel seiner peinlichen Sitzungsleitung.

Unvollständig

Einiges wurde aber doch klar: Während die Studie zum Umbau der Schule auf der Insel alle Notwendigkeiten wie z.B. Übergangsklassenzimmer auf der Kostenseite berücksichtigt, war die vorgestellte Neubauvariante unvollständig. So stellten G. Brombeiß und E. Rotter richtig fest, dass die Realschüler in den voll besetzten Turnhallen im Schulzentrum keinen Platz finden. Also muß auch eine solche Halle neu gebaut werden. Weiters hatte der Investor überraschenderweise keine Kenntnis vom kritischen Baugrund an der Ludwig-Kick-Straße. Bekannterweise säuft die Berufsschule, trotz stündteurer Pfahlgründung langsam ab. Wenn diese Kosten mit berücksichtigt werden, bleibt die Zeche für den Landkreis gleich: Egal ob er neu baut oder die alte Schule erstklassig saniert.

ist sinnvoll. Aber: bis Juli geschah nichts derartiges, im Gegenteil: Hand&Fuß wurde untersagt, ihre Planungsvarianten öffentlich vorzustellen, das von Architekt Bindschädel im Auftrag des Elternbeirates erstellte Konzept wurde totgeschwiegen oder in dem Kostenvergleich für die Kreisräte als teuerste Variante hochgerechnet, eine detailliertere Planung von Seiten des Architekturbüros Wund existiert womöglich gar nicht. Sind die Renovierung/Erweiterungsvarianten finanziell so günstig, dass sie gleich unterdrückt werden müssen? Oder glaubt Dr. Leifert, dass der Kreistag sich allein deshalb für den Neubau zu entscheiden habe, weil er es so für richtig hält und deshalb kein Diskussionsbedarf besteht? Oder gibt es andere Gründe, dass die Öffentlichkeit „ohne Hand und Fuß“ diskutieren muss?

Stadt und Landkreis haben zusammen eine städtebauliche Entwicklungsstudie für den Bereich Kalkhütte (Verwertung des Schulbaus bzw. des Grundstücks) in Auftrag gegeben; sie ist dem Kreisausschuss und Stadtrat vorgestellt worden. In verschiedenen Szenarien ist z.B. von einem Kulturhaus am alten Kloster und teilweiser Wohnnutzung die Rede. Die Stadtbücherei, das Stadtarchiv und andere schöne Sachen könnten dort in größeren Räumlichkeiten als bisher untergebracht werden. Aber: wie soll die Stadt ein weiteres großes Gebäude zusätzlich unterhalten? Und womöglich den Grund vom Landkreis teuer abkaufen, den es diesem zum Zwecke des Schulbaus unentgeltlich überlassen hat? Und wer soll die schönen und teuren Wohnungen in Toplage kaufen? Reiche Stuttgarter, die an fünf Wochenenden im Jahr die Rollläden hochziehen? Ich stimme vollkommen mit meinen Kollegen der Bunten Liste überein: aus der Sicht der Stadt kann die Option nur lauten: die Schule bleibt!



So – oder so ähnlich könnte ein Anbau an die Realschule aussehen (Repro: Kaiser)

Mißtrauen

Landrat Dr. Leifert jammerte lautstark, man (er meinte wohl die Stadt Lindau) will alle Fragen bis ins kleinste Detail geklärt haben bevor entschieden wird. Er würde sofort den Neubau angehen, egal was aus der alten Schule wird. „Wenn´s mit den Wohnungen nicht klappt, setz ich euch eben Asylbewerber rein“ (Originalton Dr. Leifert). Die peinliche Vorstellung des Landratsamtes zum Thema Neubau war allerdings nur geeignet das Mißtrauen zu fördern. Die alte Schule in Wohnungen umzubauen wird wohl an der Marktwirtschaft scheitern. Der Bauträger der „Krone“ auf der Insel ist pleite. Auch bei den Projekten der letzten Jahre – Zwanziger Straße, Inselgraben und Fischergasse sind noch Wohnungen zu haben. Und das Kulturzentrum wird ein schöner Traum bleiben. Bisher hatten wir schon zu kämpfen, um ein paar neue Bücher anzuschaffen. Und der Kampf ums Geld wird härter. Die Entscheidung für einen Neubau kann der Landkreis erst treffen, wenn alle Fakten über die weitere Nutzung der alten Schule auf dem Tisch liegen. Einen weiteren Vertrauensschaden wie bei der Sozialstation kann sich der Kreistag nicht leisten.

Zügig machbar

Die Sanierung der alten Schule hingegen kann nach der Sommerpause entschieden werden. Egal ob spiessig-brav hinter der Jugendstilfassade (für den Kreisrat Borel) oder modern und transparent in Stahl und Glas: Die Sanierung der Schule ist real! Und was hätte mein berüchtigter Realschullehrer B. Wunderer zum Landrat gesagt: Danke, setzen – sechs! Du Wirtschaftswunderboy!

Uli Kaiser

Auf Vorschlag der Bunten Liste in der letzten gemeinsamen Sitzung von Kreisausschuss und Stadtrat und ergänzendem Antrag der ödp wurden in der nächsten gemeinsamen Sitzung am 17. Juli 2003 die Planungen für den alten Standort, also für Sanierung und Anbau, von Hand&Fuß und von Bindschädel öffentlich vorgestellt. Während Herr Wund von Beginn ab vorne beim Landrat Platz nehmen durfte, wurden Herrn Bindschädel 10 Minuten für die Vorstellung seiner Pläne gewährt. Den wichtigsten Punkt konnte er nur am Rande erwähnen: er hat einen Investor für sein Anbauprojekt! Architekt Brombeiß von Hand&Fuß konnte seine Machbarkeitsstudie etwas ausführlicher vorstellen. Dabei wurde deutlich, dass seine Pläne modernen Erfordernissen – von Schallschutz bis Wärmeisolierung – genügen, während Wund auf der „Ist doch alles viel zu teuer und gar nicht nötig, und gerade noch erlaubt ist eh viel besser“-Schiene fährt.

Die Standortfrage – Sanierung und Anbau an der Kalkhütte versus Neubau dort, wo es Platz gibt, z.B. im Schulzentrum Aeschach im Bereich zwischen Turnhallen und Gesundheitsamt – hat vielfältige Aspekte, nicht „nur“ finanzielle, auch wenn diese angesichts leerer Kassen sicherlich wesentlich sind. Für den alten Standort sprechen vor allem

- der wunderschöne Standort auf der Insel am See, die Geschichte und Identität der Schule
- die Belebung der Insel durch Kinder und Jugendliche (die übrigens ohne Auto dorthin gelangen)
- Identitätsförderung und Vermeidung eines „Schulghettos“ im Schulzentrum (mit potentiellen Gefahren wie z.B. Erleichterung des Drogenhandels)
- Zusammenarbeit mit der Maria-Ward-Realschule
- Vermeidung von Flächenverbrauch,

und für einen Neubau

- Schule mit modernen Standards und Platz im und um das Haus (Aula, Pausenhof, Fachräume)
- Nähe der Sportplätze (aber: nicht ausreichend Sporthallen).

Viele schon angesprochene und viele nicht erwähnte Gesichtspunkte sind in der Öffentlichkeit, z.B. im „LZ-Forum Realschule“ der Lindauer Zeitung oder in den Stadtratsbeiträgen in der Lindauer Bürgerzeitung genannt worden. Die Artikel, die den billigen Neubau und die teure Sanierung beschwören, brauchen nicht erwähnt werden, da sie wie beschrieben auf dem Prinzip Hoffnung oder Vermutung basieren. Die besten Beiträge kamen von Seiten der Bunten Liste, ich kann z.B. jedem Leser nur empfehlen, die Website der Bunten Liste – und natürlich die der Lindauer ödp – anzuschauen. Einige Beiträge seien hier zitiert:

Uli Kaiser (BZ vom 7. März 03)

„Die Fälle gleichen sich: So wie die Bahn unseren Hauptbahnhof, hat das Landratsamt die Knabenrealschule auf der Insel jahrelang vergammeln lassen. Und wie die Bahnfürsten, behauptet der Landrat nun, die Renovierung kommt teurer als ein Neubau auf dem Festland. Und wie bei der Bahn geht Herrn Leiferts dubiose Rechnung nur auf, wenn er die alte Schule teuer verkauft. Luxuswohnungen sollen es werden. Klar, diese Lage mit See- und Bergsicht ist viel zu schade für unsere Kinder. Für die tut es ein seelenloser Neubau schon lang. Und die Insel? Die retten wir mit Gemüseständen in der Maximilianstraße. Die Bunte Liste wird für die beiden Einrichtungen auf der Insel kämpfen. Ein Stadtzentrum ohne junge Menschen wäre genauso arm wie ohne Hauptbahnhof.“

Alexander Kiss (BZ vom 6. Juni 03)

„Einige Sozialdemokraten glauben ein Realschul-Neubau auf der grünen Wiese sei billiger als die Sanierung und Erweiterung der Realschule am jetzigen Standort. Das SPD-geführte Landratsamt untermauert dies mit amtlichen Kostenschätzungen. Gleichzeitig hält Landrat Leifert eine Machbarkeitsstudie unter Verschluss. Die Kostenvergleiche des Landratsamtes sind unbrauchbar. Es fehlen Vergleichskriterien in Bezug auf Ausbaustandard, Qualität und Materialien. Außerdem, ein leer stehendes Realschulgebäude auf der Insel wird sich kostenmäßig nicht in Luft auflösen. Entweder zahlt der Kreis für Bauunterhalt oder die Stadt für ein Kulturzentrum.“

Eines ist sicher: die Realschule braucht Hilfe, und zwar sofort!

Ich danke der Bunten Liste für das Angebot, im Hoyboten zu schreiben, was ich natürlich gerne angenommen habe. Auf die gute Zusammenarbeit!

Xaver Fichtl, Stadtrat (ödp/glbl)

Entschleunigung jetzt!

Die Rickenbacherstraße und der Verkehr

Oft schon vor 6 Uhr geht der Wecker ab. Nicht der neben dem Bett, sondern der auf der Straße. Ohne einstellbare Weckzeit und -melodie, dafür aber mit Vibrationsalarm. Für das ganze Haus. Und nicht abschaltbar, obwohl man nach dem ersten Mal schon richtig wach ist. Auch während dem Frühstück geht der Wecker weiter; stadteinwärts, stadtauswärts, bis zu 40 Tonnen schwer und so schnell, wie es die Fliehkraft in der Kurve bei der Einmündung „Am Hang“ zuläßt. Am Anfang auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkauf eine Partie russisches Roulette: kommt man aus der Grundstückseinfahrt, ohne daß man von einem Projektil auf 4 Rädern abgeschossen wird? Tagsüber dann zig weitere Wecker aus dem Heuried hin und zurück zu der riesigen, virtuellen Mülldeponie irgendwo vor der Josefskirche an der Kemptenerstraße. Virtueller Zubringerverkehr. Zusammen mit vielen weiteren Weckern, aus aller Herren Länder, in allen Richtungen. Fast jedesmal mit Vibrationsalarm und mit ein paar Millimetern mehr in den Rissen der Hausmauern. Dazu eine große Anzahl der Projektile, den ganzen Tag über. Manchmal haben's die kleinen Kinder gut, wenn sie zu ihren Freunden zum Spielen über die Straße wollen. Dann werden sie von einem Erwachsenen begleitet. Meistens aber nicht. Aber bis jetzt wurde ja noch kein Kind plattgemacht. Und unterwegs mit dem Fahrrad bleiben ja noch die Lücken zwischen den parkenden Autos als Rettungsbuchten. Abends werden die Wecker und die Projektile weniger. Abgelöst durch Jetpiloten in Ausbildung, die auf der virtuellen Startbahn Ost Start und Landung trainieren. Nach dem Training dann noch ein paar Stunden, bevor der Wecker wieder losgeht für die Anwohner der Rickenbacher Straße.

Die runden, rot eingerahmten Tafeln am Anfang der Rickenbacherstraße am Berliner Platz und stadteinwärts an der Kreuzung Heuriedweg - Max-Planck-Straße, welche den Lkw-Verkehr über 7.5 to in beiden Richtungen

verbannen und vom Berliner Platz stadtauswärts und ab der Einfahrt „Am Hang“ stadteinwärts auch die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h begrenzen sollen? Sie werden allem Anschein nach als Einladung und Mindestwerte interpretiert. Mit zunehmender Ignoranz, da selbst Lkw-Fahrschulen ihren Fahrschülern demonstrieren, daß man sich um die Verbote und Beschränkungen nicht zu scheren braucht. Auch der Lindaupark zieht enormen zusätzlichen Verkehr über die Rickenbacherstraße an und produziert zusammen mit den anderen Zufahrten im Kreisverkehr davor zeitweise soviel Aggressionen, daß dort schon bald das Faustrecht entscheiden dürfte, wer zuerst weiterfahren kann.

Unerträglich

Dieser Zustand in der Rickenbacherstraße, der sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft hat und sich mit der Einführung der Lkw-Maut auf den bundesdeutschen Autobahnen, der Entwicklung des neuen Gewerbegebietes an der Autobahn und manch hochtrabendem Plan der lokalen Abfallwirtschaft – so dieser eine Chance auf Verwirklichung haben sollte – noch weiter zuspitzen wird, ist inzwischen unerträglich geworden, da nicht nur Fußgänger, Fahrradfahrer und Kinder hochgradig gefährdet sind, sondern trotz des vor einigen Jahren erneuerten Fahrbahnbelages auch Häuser durch die andauernden Erschütterungen immer weiter beschädigt werden.

Dazu liegt, in einer Unterschriftenliste von fast 90 direkt betroffenen Anwohnern spontan unterstützt, seit Juni ein Antrag in der Stadtverwaltung, in dem bauliche Maßnahmen gefordert werden, um zum einen die Geschwindigkeit in der 30er-Zone auch auf 30 km/h zu begrenzen und zum anderen die Straße vom Lkw-Durchgangsverkehr zu befreien. Um der Stadt trotz deren prekärer Finanzlage die Verwirklichung zu ermöglichen, wurde dem eigentlichen Antrag ein Hilfsantrag angefügt, die Realisierung mit einfachsten Mitteln und min-



Startbahn Ost: Die 30 km/h-Zone Rickenbacher Straße

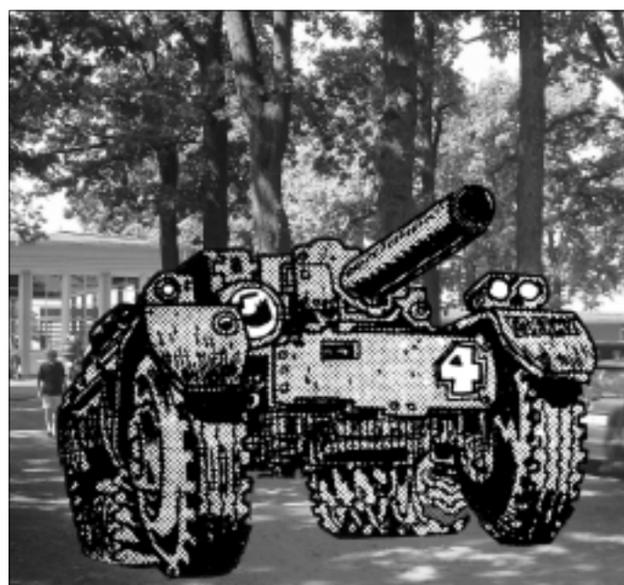
malen Kosten durchzuführen. Nach der Unterschriftensammlung wurden zusätzlich viele Klagen der Anwohner nach dem Ende der 30-Zone stadtauswärts laut, die dort auch stark unter dem zunehmenden Verkehr leiden, so daß derzeit Überlegungen laufen, die geforderte Verkehrsberuhigung in einem Folgeantrag auf einen Bereich mindestens bis zur Kreuzung Rickenbacherstraße, Heuriedweg und Max-Planckstraße auszuweiten.

Peter Triloff

Horror-Szenario

Panzer im Eichwald?

Überraschend wurde bekannt, daß Lindau im Oktober mit einer „Bundeswehr-Leistungsschau“ beglückt werden soll. Was ist darunter zu verstehen? Die Bunte Liste hat eine Anfrage im Stadtrat gestellt, was da gespielt werden soll, die Antwort steht noch aus. Ähnliche Bundeswehr-Werbeveranstaltungen (z. B. in Hergensweiler vor einigen Jahren) lassen allerdings einiges befürchten. Wird es sowas wie der „Blaulichttag“, nur mit Panzern und Kampfschwimmern statt Feuerwehrautos und Rettungstauchern? Vielleicht kommen sogar Hubschrauber? Kleine und große Buben dürfen mal im Gefechtsstand Platz nehmen und probezielen, am Eichwald bricht der Leopard durchs Gehölz, Marineinfanteristen landen in der Schweinebucht, und am Strandbad werden ein paar Tretminen vergraben, natürlich nur zu Demonstrationszwecken? Mit solchen Veranstaltungen und anderen Auftritten wie z. B. öffentlichen Gelöbnissen soll die Bevölkerung an Militär als etwas „ganz normales“ gewöhnt werden. Die Remilitarisierung der Gesellschaft hat das „Nie wieder Krieg!“ von 1945 schon weit hinter sich gelassen. Ganz normal soll es sein, daß die Bundeswehr das Vaterland am Hindukusch verteidigt. Schon 1992 - unter der konservativen Kohl-Regierung - wurde in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Begriff der „Verteidigung“ großzügig zur „Verteidigung des freien Zugangs zu Märkten und Rohstoffen weltweit“ umdefiniert. Damit wurde eine Tür aufgestoßen, die jetzt unter blutrot-olivgrün mit der Neuauflage dieser Richtlinien endgültig aus den Angeln gesprengt wurde: Gefordert wird dort nichts weniger als der weltweite und präventive Kriegseinsatz gegen alles, was „unsere Sicherheit“ bedroht oder vielleicht irgendwann mal bedrohen könnte – nichts anderes, als was Bush mit dem Irak gemacht hat! Die vorgebliche Anti-Kriegs-Position der Bundesregierung wird damit als Heuchelei entlarvt. Man war nicht gegen den Krieg, weil man gegen Krieg an sich ist, sondern weil dieser Krieg zu sehr US-amerikanischen



und zu wenig deutschen Konzernen diene (die hatten sich mit dem Hussein-Regime ganz gut arrangiert). Das Leid der irakischen Bevölkerung war allen drei Seiten, den Regierungen der Koalition, der „Achse des Friedens“ und der irakischen, egal.

Wir protestieren deshalb aufs Schärfste gegen die „Normalisierung“ der Bundeswehr und die Durchmilitarisierung unserer Gesellschaft! Keine Heimatfront in Lindau!

Uli Eppl e



Historisches Vorbild: Ein Luftbild von Franz Thorbecke aus dem Jahr 1979 zeigt: Es war alles schon einmal da!

Neues von der Hinteren Insel Steg, Aussichtsplattform und Seezugang

Im Zuge der Planungen zur Außenanlagen-Gestaltung der Hinteren Insel wurde seinerzeit eine Art „Plattform“ als Verlängerung des Weges zwischen den Anwesen Wund und Mang vorgesehen. Beschlossen wurde überdies (und im Bebauungsplan festgehalten) ein zusätzlicher Seezugang.

Der Förderverein Hinterer Insel hat in seiner letztjährigen Jahreshauptversammlung beschlossen, jenen Seezugang mit bis zu 5000 Euro zu bezuschussen. Bei einer Begehung mit VertreterInnen des Vereins und des Bauamts wurden Stimmen laut, diese Beschlußlage zu überdenken und eventuell beide Vorhaben, also Plattform und Seezugang, zusammenzufassen.

Die Bunte Liste beantragte daher, die Planungen nochmals aufzugreifen, mit dem Ziel, auf die Plattform am jetzigen Standort zu verzichten und stattdessen an dem historischen Mauerdurchbruch (auf Höhe der ehemaligen Eisenbahner-Häuser) einen Aussichtsteg mit Seezugang zu bauen. Dies hätte neben einer Kostenersparnis zudem den Vorteil, die historische Ufermauer nicht durchbrechen zu müssen, (was wohl der Öffentlichkeit auch schwer zu vermitteln wäre!)

Karl Heinz Brombeis

Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen.

Ein Auszug aus dem Aufruf von über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vom 23.5.2003

Mit den in der „Agenda 2010“ angekündigten Maßnahmen will die Bundesregierung die Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts aus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise führen. Wir bezweifeln aber, dass die Ansätze tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen.

Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung (Arbeitgeberanteil + Arbeitnehmeranteil; 1:1) Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus.

Der Opposition, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, vielen wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie Teilen der Medien gehen diese Einschnitte nicht weit genug. Unter der Devise „Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung“ hat ein Wettlauf um den Abbau der Kernelemente des Sozialstaates eingesetzt. So wollen CDU/CSU in den anstehenden Verhandlungen mit der Regierung Eingriffe in Tarifvertragsgesetz und Tarifautonomie sowie die Absenkung der Sozialhilfe durchsetzen.

Wir widersprechen dieser Politik, weil die angekündigten Maßnahmen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen werden. Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt ist weder mutig noch reformorientiert. Die geplanten Einschnitte verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze. **Wir widersprechen der These, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar und die Ursache von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei.**

Der eingeschlagene Weg führt in die falsche Richtung, weil der Politik eine falsche Krisendiagnose zu Grunde liegt.

- Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht die Folge fehlender Arbeitsbereitschaft. Wer glaubt, die Arbeitsmarktkrise durch noch mehr Druck auf die Arbeitslosen zu lösen, bekämpft die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit.
- Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit „um jeden Preis“ anzunehmen, fördert die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland. Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt werden gefährdet. Die Aufweichung des Kündigungsschutzes wird das ohnehin reduzierte Schutzniveau in Kleinbetrieben noch weiter herabsetzen, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Die Finanzierungsdefizite sind in erster Linie Folge der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sowie der chronischen Arbeitsmarktkrise. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu erhöhten Ausgaben und sinkenden Beitrags- und Steuereinnahmen. Zur Finanzkrise hat aber auch die Steuerpolitik der letzten Jahre beigetragen, die die Entlastungen auf die Unternehmen, hohen Einkommen und die Vermögensbesitzer konzentriert hat. Insbesondere die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommenssteuer sind eingebrochen.
- Die Finanzierungsprobleme und die Beitragsbelastungen in den Systemen der sozialen Sicherung werden durch Leistungsausgrenzungen (mit Verweis auf die private Vorsorge) oder verstärkte Zuzahlungen (Praxisgebühr, Arzneimittel, Krankenhausaufenthaltsgebühr usw.) nicht beseitigt. Es käme zu Unterversorgungen gerade jener Gruppen der Gesellschaft, die wegen ihrer Arbeitslebens- und Einkommensbedingungen besonders hohe Gesundheitsrisiken tragen. Auch die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Versicherten ändert nichts an der Ausgabenentwick-

lung der Unternehmen und höhlt das Prinzip der paritätischen Finanzierung aus.

Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Einschnitte „alternativlos“ sind. Es sind Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie in der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik notwendig, die den Namen „Reform“ tatsächlich verdienen. Dazu zählen folgende Punkte:

- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Sozialstaat zu sichern, ist eine Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingend erforderlich. Die öffentlichen Investitionen müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Durch ein öffentliches Investitionsprogramm können die überfällige Modernisierung von Infrastruktur und Umwelt sowie der Ausbau des Bildungssystems in Angriff genommen werden.
- Ein ausgebaute Sozialstaat kann kein „billiger“ Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Es ist eine Steuerreform erforderlich, die sich am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert und Unternehmen sowie hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.
- Es ist notwendig aber nicht ausreichend, die Arbeitsverwaltung und Arbeitsvermittlung zu effektivieren. Der 2. Arbeitsmarkt und die Bildungsförderung dürfen nicht weggeschlagen, sondern müssen weiterentwickelt werden. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss ohne die angekündigten Leistungseinbußen geregelt werden.
- Allein durch Wachstum lässt sich die Arbeitslosigkeit nicht abbauen. Der gegenwärtige Stillstand in der Arbeitszeitpolitik muss überwunden und durch unterschiedliche Formen individueller und allgemeiner Arbeitszeitverkürzungen abgelöst werden.
- Ein solidarisches soziales Sicherungssystem ist auf Dauer nur dann tragfähig, wenn auch die gesamte Bevölkerung zu seiner Finanzierung beiträgt.

Zusammengestellt von Klaus Thiel

Kinder- und Familienbeauftragte, wozu das denn?



Kinder und Familien stehen überall hoch im Kurs. Jedes Parteiprogramm beschwört ihren Schutz auf Hochglanz und in Farbe. Im grauen politischen Alltag aber haben die Kinder eben doch keine Lobby. Die Wirtschaft fordert die Opferung der letzten Grünflächen und die katastrophale Finanzlage bittet die Eltern im

Kindergarten oder in der Musikschule kräftig zur Kasse. Meine Aufgabe ist es nun, in Stadtrat und Verwaltung diese Interessen lautstark anzuzeigen und zu vertreten. In den meisten Fällen genügt ein Anruf, selten braucht mal ne Unterschriftenaktion. Auch gilt es darauf zu achten, daß Wohltaten für Kinder und Jugendliche nicht auf Pump finanziert werden, und die Beglückten später die Zeche mit Zins und Zinseszins bezahlen müssen. Für Verbesserungsvorschläge und Anregungen bin ich stets dankbar.

Bärbel Heumann

-Kinder- und Familienbeauftragte der Stadt Lindau-

www.bunteliste.de

Unsere Webseite ist neu aufgebaut und immer aktuell. Informieren Sie sich im Web über bunte Meinungen und Aktivitäten. Schreiben Sie ins Forum, was Sie an uns kritisieren oder geben Sie uns Anregungen. Auch über Einträge im Gästebuch freuen wir uns sehr. bunteliste.de soll zusätzlich zum Hoyboten schnell und aktuell informieren.

In der Rubrik „Übern Tellerrand“ gibt es Politisches über Lindau hinaus. Auch hier sind wir für Anregungen dankbar. Nutzen Sie bitte unser Angebot.

Der 1.Mai und die Wirte am Seehafen.

Der 1.Mai ist für viele Arbeitnehmer ein wichtiger Feiertag. Die knapp zweistündige Veranstaltung dazu fand 2002 am Seehafen statt. Alle BesucherInnen und die Veranstalter vom DGB-Ortskartell fanden den Platz ideal. So wäre man 2003 da wieder gerne hingegangen.

Dagegen aber haben die Seehafenwirte interveniert. Die Stadtverwaltung hat darauf reagiert und den DGB auf den Reichsplatz verschoben. Die Wirte am Seehafen wollen die Arbeitnehmer nicht in ihrer Nähe haben. Die gingen alle bei ihnen auf die Toilette, konsumieren aber würden sie nichts. (Persönlich weiß ich das nur vom Schreier, wer bei der Stadt vorstellig wurde, weiß ich nicht)

Die Wirte vergessen dabei, dass ein Großteil ihrer KundInnen Menschen sind, die ihr Geld als Arbeiter und Angestellte verdienen. Es wäre ihnen besser zu Gesicht gestanden, den Tag der Arbeit als Feiertag zu würdigen, sich vielleicht sogar ein wenig solidarisch zu zeigen und diese kurze Veranstaltung zu unterstützen. Vermutlich wären dann noch einige Gäste zu ihnen weiter gezogen. Das wäre auf alle Fälle eine positive Aktion gewesen und hätte ihnen gutes Image und Kunden gebracht.

Nun, ich habe das Gefühl, die wollen uns Lindauer gar nicht. Mit Fremden haben sie besseren „Kundendurchsatz“, also mehr Verdienst. Der gemütlich sitzende Lindauer stört da nur. Und die Gewerkschaften sind sowieso anrücklich.

Wir werden das Thema 1.Mai 2004 am Seehafen auf die Tagesordnung bringen. Wir wollen es offen diskutieren, nicht so heimlich wie die Wirte. Immerhin sind ja auch die Oberbürgermeisterin, Stadträte und Vertreter der Parteien bei der 1.Mai-Veranstaltung. Es könnte sich eine interessante Diskussion ergeben.

Götz Rauch

Das Kulturforum der Bunten Liste präsentiert

COLEÜMES

Musette und Walzer, Tango und Klezmer, Jazz und Weltmusik.

Schräg, kurios, erstklassig – endlich in Lindau!

Donnerstag
11. September 03
20 Uhr
im ZEUGHAUS

Eintritt 10 Euro
5 Euro (erm.)

Impressum

V.i.S.d.P.: KarlHeinz Brombeis, Bismarckplatz 1-2, 88131 Lindau

Auflage: 10.000 Exemplare, www.bunteliste.de

Gestaltung: monomer- Produktion: Druckerei Kleb